

Politik

Superspektakel und Hightechkultur sollen im Ruhrgebiet alternative kleinere Soziokultur-Projekte ersetzen

Seite 2

Rezension

Proletarische, Bürgerliche oder Radikale? Ein neues Buch zur bewegten Geschichte der Frauenbewegung

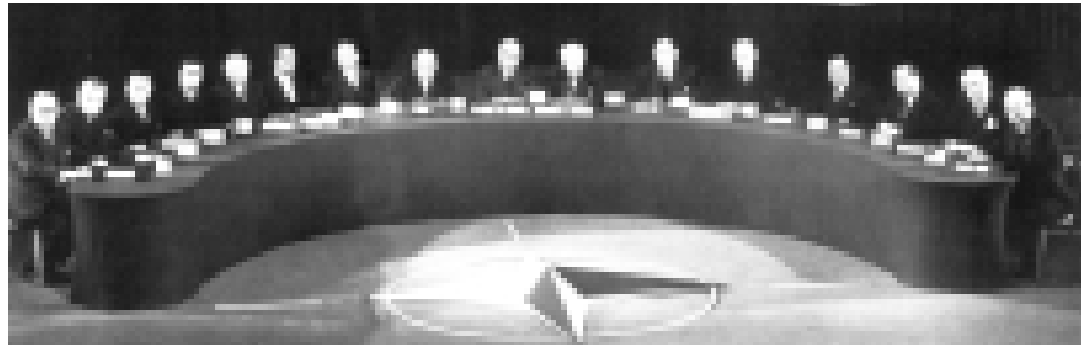
Seite 3

Verkehr

Der Metrorapid soll durch's Ruhrgebiet. Auch nach Bekanntgabe des Trassenverlaufs bleibt unklar, warum.

Seite 4

<http://bo-alternativ.de>



Zu den Folgen der Terroranschläge und der neuen Natostrategie Krieg und Frieden

Boutros Boutros-Ghali, der auf Druck der USA nicht als UN-Generalsekretär wiedergewählt wurde, resümierte: „Es dauerte längere Zeit, bis ich mich der Einsicht stellte, dass die USA keine Diplomatie brauchen; Macht genügt. Nur die Schwachen stützen sich auf Diplomatie ...“ (Boutros Boutros-Ghali, *Unvanquished. A U.S.-U.N. Saga*, 1999. Zitiert in Paech 2000, s.u.). Diese Erkenntnis lässt sich inzwischen für die NATO insgesamt formulieren. Sie definiert ihre Interessen und setzt sie anschließend durch, bewusst auch ohne UNO-Diplomatie. Dies hat sie 1999 ganz unverhohlen in ihrer neuen Strategie offengelegt.

Die wichtigsten Änderungen der NATO-Strategie im Jahre 1999 lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1) Die Erweiterung der Kernfunktion der NATO: Jene wandelt sich offiziell von der Territorial- zur Interessenverteidigung. Sie

beschränkt sich in ihrem Anspruch nicht mehr auf die Verteidigung der territorialen Integrität ihrer Mitglieder, sondern erklärt offen, dass sie gewillt ist ihre strategischen, politischen und ökonomischen Interessen militärisch zu verteidigen.

2) Der Kriseneinsatz auch ohne UNO Mandat: In der neuen NATO Strategie fehlt ein ausdrückliches Bekenntnis zu einem Mandat der UNO im Falle von Militäreinsätzen. Bei den NATO-Einsätzen im Kosovo und in Mazedonien wurde ohne ein solches Mandat gehandelt. In beiden Fällen wurden nachträglich allgemeine UNO Resolutionen eingeholt, die aber eine völlig andere Stellung als ein Mandat haben, bei dem es sich um einen konkreten Auftrag handelt.

Auch in Bezug auf die Terroranschläge gibt es zwei Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, Nr. 1368 und 1373 vom 12. und 28. September. Erstere verurteilt die Terroranschläge auf die USA und kündigt allgemein konsequentes Vorgehen gegen die Drahtzieher der Anschläge vor. Letztere zielt vor allem darauf ab, „dem“ Terrorismus die finanzielle und logistische Basis zu entziehen. Keine der beiden Resolutionen erlaubt einen

Rachekrieg einzelner Staaten oder der NATO gegen die Taliban oder gegen Afghanistan. Jede nicht zur aktuellen Verteidigung notwendige kriegerische Maßnahme ist ohne ausdrückliches UN-Mandat völkerrechtswidrig.

3) Die Festschreibung der Option des nuklearen Ersteinsatzes: Die Option des nuklearen Ersteinsatzes wird um die Möglichkeit erweitert, auch in dem Falle der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung eingesetzt zu werden.

(Für eine ausführliche Darstellung, siehe Norman Paech 2000: Neue NATO Strategie neues Völkerrecht. http://www.hwp.hamburg.de/fach/fg_jura/dozentinnen/paech.htm)

En passant und ohne große öffentliche Debatte wurde letzte Woche im Bundestag der erste NATO Einsatz unter bundesdeutscher Führung in Mazedonien beschlossen.

Militarisierung der Bundesrepublik

Nicht nur der bereits in der letzten bsz beschriebene Grundrechtsabbau in der Bundesrepublik findet unter der Legitimation der „Terrorismusbekämpfung“ statt, sondern auch eine eklatante Militarisierung der Gesellschaft. So will Verteidigungsminister Rudolf Scharping in dieser Woche ein Programm zur Verwendung der zusätzlichen Steuermittel für sein Ressort in Höhe von 1,5 Milliarden DM vorlegen. Dabei hat er beispielsweise den Bau eines deutschen Spionagesatelliten angekündigt.

Unterdessen hat u. a. die CDU Parteivorsitzende Angela Merkel den Einsatz der Bundeswehr auch im Inneren gefordert. Dies ist zwar in den Notstandsgesetzen vorgesehen, es soll aber auch ohne „Notstand“ gesellschaftlicher Normalfall werden.

Bedrohung des Weltfriedens

Kaum eine Rolle spielt in der veröffentlichten Berichterstattung, dass mit dem Taliban-Regime eine Clique die Nachfolge von Saddam Hussein als mediale Verkörperung des Bösen antritt, die mit ihrem Vorgänger eins gemeinsam hat: Beide sind erst durch die USA und insbesondere durch Waffenlieferungen und Unterstützung durch den CIA zu dem Machtfaktor geworden, den sie heute darstellen. Einer der Musterschüler der CIA war schließlich Bin Laden selbst. Auch die Nordallianz, die die USA nun in Afghanistan unterstützen, wird von fundamentalistischen Kräften dominiert und zeichnet sich dadurch aus, dass sie zwischen 1993 und 1995 bei internen Auseinandersetzungen Kabul mit Artillerieduellen ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung in Schutt und Asche legten.

Die Staaten, die bisher das Taliban-Regime anerkannten, waren engste Verbündete der USA: Die Militärdiktatur in Pakistan und die Feudalsysteme in Saudi-Arabien und in den V.A. Emiraten. Zwar hatten Pakistan und Saudi-Arabien zunächst

... Fortsetzung auf Seite 3

Rasterfahndung an Unis Alle sind verdächtig!

Als Reaktion auf die Bombenanschläge in den Vereinigten Staaten setzen die Ermittlungsbehörden auf die Rasterfahndung, um TerroristInnen im Wartestand, so genannte Schläfer, aufzustöbern. Dabei handelt es sich um den Abgleich möglichst vieler personenbezogener Daten, die mit einem Raster verglichen werden, um im Ergebnis zu einer überschaubaren Gruppe von näher zu kontrollierenden Verdächtigen zu kommen.

Einen Beitrag zur Erfassung dieser Daten sollen auch die Universitäten leisten; in mehreren Bundesländern richteten die Landeskriminalämter (LKA) mit Rückendeckung aus den Innenministerien Anfragen an die Universitäten, in denen die Weitergabe sämtlicher bei den Unis gespeicherten Daten von Studis aus rund 14 „arabischen“ oder „islamischen“ Ländern gefordert wird. Über die Art des angelegten Rasters schweigen die Behörden sich aus, die betroffenen Studis werden nicht informiert.

In Berlin haben die Universitäten nach Angaben der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität (HU) die Daten weitergegeben – wenn auch „mit Bauchgrinsen“ und unter dem Zwang eines

Gerichtsbeschlusses, wie eine Sprecherin der TU Berlin der Frankfurter Rundschau zu wissen gab. Der Senat der HU bedauerte ausdrücklich die Anfrage. Von dem ihnen nach Angaben der AnwältInnen der HU-StudentInnenschaft zustehenden Recht auf Beschwerde gegen diesen Beschluss hat allerdings nach Kenntnisstand derselben keine der Berliner Universitäten Gebrauch gemacht.

Schläfer in Brandenburg?

In Brandenburg berichteten mehrere Universitäten und Fachhochschulen von Anfragen des LKA nach den Daten arabischer StudentInnen; mindestens die Universität Potsdam hat die angefragten Daten bereits weitergegeben. Das Innenministerium bestätigte nur indirekt, dass diese Daten „für die Suche nach „Schläfern“ verwendet werden sollen“.

Die Uni Frankfurt gab Ende September die von den hessischen Behörden verlangten Daten weiter. Die Anfrage war von der Landesdatenschutzbeauftragten geprüft und ausdrücklich nicht beanstandet sowie von einem Gericht bestätigt worden. Gefragt worden war nach den Daten von Studis „bestimmter Nationalität“ aus technischen und natur-

wissenschaftlichen Studiengängen, die in einem bestimmten Zeitraum eingeschrieben waren.

Aus Nordrhein-Westfalen wurde bislang keine entsprechende Anfrage bekannt. Josef König, Pressesprecher der Ruhr-Universität, erklärte gegenüber der bsz, auch bei der RUB sei noch keine solche Anfrage eingegangen und die Unileitung würde die entsprechenden Daten „nur auf richterlichen Beschluss“ hin weitergeben.

Zahlreiche StudentInnenschaften kritisierten die Herausgabe der Daten und kündigten Widerstand an. Die StudentInnenschaft der Humboldt-Universität kritisierte die Maßnahmen als „stigmatisierend“, die betroffenen Studis würden „ohne nachvollziehbaren Grund“ Verfolgungsdruck ausgesetzt. Ein Sprecher kündigte an „alle zur Verfügung stehenden juristischen Mittel“ auszuschöpfen, um den Betroffenen Beistand zu leisten. Der AStA der TU Berlin bezeichnete die Anfragen als „eines demokratischen und weltoffenen

... Fortsetzung auf Seite 3



Rechtsstaates unwürdig“ und als „mit rassistischer Vorverurteilung motivierte Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte“. Der AstA der Uni Potsdam sprach von einem Pauschalverdacht, mit dem „alle arabischen Studenten mit Terroristen gleichgesetzt“ würden.

In einer Resolution sprachen sich StudentInnenvertretungen aus Aachen, Darmstadt, Düsseldorf, Hamburg, Nürnberg und Tübingen sowie der fzs als Dachverband der deutschen StudentInnenschaften gegen die Anfragen aus. Sie richteten an die Hochschulleitungen und Hochschuleinrichtungen den Appell, „im Falle einer entsprechenden Anfrage umgehend die Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen und sich in keiner Weise an einem wie auch immer gearteten rassistisch motivierten Vorgehen der Poli-

zeibehörden und Nachrichtendienste zu beteiligen“. Hochschulleitungen, die Daten übermittelten, ohne alles ihnen juristisch Mögliche getan zu haben, um die Herausgabe der Daten zu vermeiden, könne der Vorwurf nicht erspart werden, das „friedliche Zusammenleben der StudentInnen nachhaltig zu gefährden“. Die unterzeichnenden StudentInnenvertretungen kündigten an, gegen eine Herausgabe der Daten „mit allen möglichen Mitteln, auch auf juristischem Wege, vorzugehen“. Verena Witte, Vorsitzende des AstA der Ruhr-Uni, kündigte an, der RUB-AstA werde die Resolution unterstützen. Die Fachschafts-

vertreterInnenkonferenz, der Zusammenschluss der Fachschaften an der RUB, diskutiert nächsten Montag eine Unterstützung der Resolution.

Abdellatif Jebroune vom Autonomen AusländerInnenreferat an der RUB wies pauschale Verdächtigungen arabischer oder muslimischer StudentInnen zurück und bezeichnete diese Tendenzen als „schade und gefährlich“. Gleichzeitig sah er in den Ereignissen eine Chance für eine verbesserte Kommunikation zwischen MuslimInnen und ImmigrantInnen arabischer Herkunft und der westlichen Kultur.

geka

Kommerzialisierung der Kultur im Ruhrgebiet Superspektakel auf Weltniveau?

Im Kaukasischen Kreidekreis erhält die Magd Grusche das Kind zugesprochen, weil sie es loslässt, es nicht verletzen will. Das Brechtstück war die letzte Inszenierung von „Stahlhausen Enterprise“ in der Bochumer Jahrhunderthalle. Die Amateur-Theatergruppe aus dem „Thealozzi“ muss weichen. Das Industriemonument wird zu einem Kulturtempel für die millionenswerte Triennale umgebaut. Axel Walter, Theatermacher im Thealozzi, erläuterte den geräuschlosen Abgang aus der Jahrhunderthalle: „Manchmal muss man auch loslassen können.“

Ausmaße annimmt“ wurden statt Tourismus-relevanter Events Nachhaltigkeit und Strukturbildung eingefordert, sowie die Förderung der regionalen künstlerischen Potenziale.

Diese Kritik, die sich zu einem großen Teil als berechtigt herausstellte, hat angesichts der aktuellen Entwicklung im Hinblick auf die zukünftige „Triennale Ruhr“ neuen Zündstoff bekommen. Als Antwort auf die allgemeine Unzufriedenheit sowie auf die erschöpften Finanzmittel der regionalen Kulturförderung, hat die Landesregierung mit ihrem neuen Kulturminister Vesper nun das kulturelle Event schlechthin beschlossen: Die Triennale Ruhr soll – ausgestattet mit 40 Mio. DM – als das Superfestival mit dreijährigem Rhythmus alle bisherigen regionalen Kulturprojekte in den Schatten stellen. Als noch die ehemalige Kulturministerin Bruns vor rund einhalb Jahren erstmals für das Superspektakel „auf Weltniveau“ und für die geplanten eingeflogenen internationalen Kultur-Acts warb, gab es noch reichlich ungläubigen Protest, selbst aus den oberen Etagen der großen Ruhrgebietsstädte. Und was damals selbst von den KulturdezernentInnen befürchtet wurde, dass nämlich der mit der Triennale-Ruhr einhergehende Zugriff auf die Förder-Ressourcen nicht ohne Wirkung auf die Strukturen der Kulturförderung vor Ort bleiben würde, scheint sich jetzt zu bestätigen. Allerdings mit einem Unterschied: Damals blieben die DezernentInnen des Ruhrgebiets der Spektakel-Verkündigung in stummem Protest fern. Heute machen sie alle mit.

viel Eigeninitiative gestartet, endet es jetzt als „Festival internationaler Musik“. Der Bochumer Kulturdezernent Küppers hat bereits angekündigt, wie schwer es sein wird, erneut mehrere Hunderttausend Mark an Sponsorengeldern einzuwerben, um das Event zu wiederholen.

Der Arbeitskreis Kindertheater Bochum (AKKIBO), ein Zusammenschluss von Kindertheatern, schrieb vor einigen Tagen in seinem Programm: „In eigener Sache: Zum Leben zu wenig - zum Sterben zu viel. Verehrtes Publikum, leider blieb es uns nicht erspart, die diesjährige Herbst-Spielzeit mit 27 Vorstellungen ersatzlos zu streichen. Der Grund ist, dass es uns wieder einmal an Geld mangelt. Eigentlich mangelt es sogar so sehr, dass wir selbst die Winter-Spielzeit hätten streichen müssen. [...] Die Eintrittskarte würde dann [bei kostendeckenden Preisen] 35,- DM (!) kosten. Leider braucht gutes Kindertheater Subventionen, und die reichen in unserem Fall vorne und hinten nicht. Das Defizit decken wir durch Selbstaubeutung und Gagenverzicht.“



Vor einigen Jahren existierte noch die Kulturmafia – ein Zusammenschluss aus der Sozio- und Alternativkultur in Bochum. Sie verstand sich als Lobby in eigener Sache. Motor der Zusammenarbeit war der Bahnhof Langendreer. Doch selber von immer neuen Kürzungen und Finanzantsforderungen entnervt, konzentriert sich das Unternehmen Bahnhof Langendreer inzwischen lieber selber auf die Zelebrierung von Events. Eintrittspreise von 35 DM sind eher normal. Großereignisse werden ausgelagert. In einem Großzelt vor der Jahrhunderthalle wird im November und Dezember an den kommerziellen Erfolg der Ruhrrevue angeknüpft. Ein Abend mit Herbert Knebel, ein Kind der Soziokultur, kostet jetzt 48 DM an der Abendkasse. Etliche politische Gruppen werden über die Auslagerung der Events aus dem Bahnhof Langendreer nicht traurig sein. Letzte Woche Mittwoch mussten sie erleben, was für sie die Alternative ist: Bodyguards hinderten BesucherInnen die Ausstellung zu Oradour zu besuchen. Ein Konzert von WDR-Einslive hatte dafür gesorgt, dass der politische Raum im Bahnhof neu definiert wurde: Backstage-Bereich.

Paul Merker

Das Thealozzi wird für dieses Loslassen nichts zugesprochen bekommen. Für die nächsten Jahre kündigt sich eine weitere einschneidende Veränderung der Kulturpolitik an. Auch das Thealozzi wird um sein Überleben kämpfen müssen. Rot-grüne Politik auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene setzt auf kulturelle „Events“.

Bereits 1997 hatte die rot-grüne Landesregierung NRW beschlossen, ein Konzept regionaler Kulturpolitik zu entwickeln. Dabei sollten verdächtigerweise „die Bereiche Kultur, Freizeit, Sport, Tourismus, Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaftsentwicklung stärker untereinander vernetzt werden“ (rot-grüne Koalitionsvereinbarung). Das Ruhrgebiet bekam als größte Region einen eigenen Haushaltsansatz in Höhe von 20 Mio. DM aus Mitteln der Gemeindefinanzierung, die über die eigens gegründete „Kultur-Ruhr-GmbH“ vergeben werden sollten. Schon damals formierten sich die KritikerInnen aus den freien Kulturinstitutionen, KünstlerInnenkreisen, soziokulturellen Zentren, aber auch aus den kleineren Städten, um ihre Befürchtungen und inhaltliche Kritik vorzutragen: gegen die Undurchschaubarkeit der Strukturen, mangelnde Legitimation der „Ruhr-Kultur-GmbH“, vor allem aber gegen die absehbare Event- und Highlight-Politik. Die freie Kulturszene gründete gar als ironische Antwort die „Ruhr\$Kohle\$GmbH & Emscher Koks KG i.G.“. Unter dem Brecht-Spruch: „Unsichtbar macht sich die Dummheit, indem sie sehr große

Ein nahezu klassisches Beispiel für die Veränderung in der Bochumer Kulturpolitik stellt „Kemnade International“ dar. Ursprünglich als Multi-Kulti-Treff der zahllosen MigrantInnen-, Asyl- und Solidaritätsgruppen mit kleinem Etat und

Fiege war alle

Trotz dauerndem Nieselregen versammelten sich letzte Woche Donnerstag rund fünfzehn aktive und ehemals aktive der Fachschaftsvertretung FSVK zu Tofuwurst, totem Tier und Bier um den Grill der Fachschaft Physik. Als besonderes Highlight traten mittlerweile als Lehrer tätige ehemalige Aktivisten der Fachschaft Physik auf und erzählten Anekdoten aus den 80er Jahren.

Anhaltende Kritik traf die FSVK-Sprecher, da sie zu wenig leckeres Fiege-Pils sondern stattdessen komisches Bier mit überflüssiger Alufolie am Hals gekauft hatten. Getrunken wurde dieses trotzdem.

Mahnmal für jüdische Opfer des Faschismus in Bochum?

Eine kleine Tafel erinnert in der Huestraße daran, dass hier einmal die jüdische Synagoge in Bochum stand. Nachdem sich seit vielen Jahren Menschen in Bochum für die Errichtung eines gut wahrnehmbaren Mahnmals für die jüdischen Opfer des Faschismus in Bochum engagierten, hat der Rat der Stadt Bochum mit den letzten Haushaltsplanberatungen beschlossen, endlich Geld für die Errichtung eines Mahnmals zur Verfügung zu stellen.

Die beauftragte Kulturverwaltung reagierte vor allem als Verwaltung. Sie sei überfordert, teilte sie mit und vergab einen Gutachterauftrag im Rahmen traditioneller sozialdemokratischer Seilschaften. 5.000 von 40.000 DM sind damit schon verbraucht. Der Beauftragte soll sichten, was es bisher schon gibt. Der heutige Arbeitskreis 9. November hat bereits vor 10 Jahren alle Vorschläge zusammengetragen. Schließlich soll dann ein ExpertInnengremium Kriterien festlegen, denen ein Mahnmal entsprechen sollte, um irgendwann einmal zu überlegen, welches Konzept diesen Kriterien entspricht – oder ob vielleicht nicht noch ganz etwas Neues erfunden werden muss.

Im Kulturausschuss des Rates wurde jüngst aber auch Unmut laut. Einige Ratsmitglieder hatten ihren Beschluss wohl ernst gemeint und drängen nun auf Umsetzung.

Grüne HSG gegen Zecken und Kameltreiber

Ende September entließ der von der Grünen Hochschulgruppe (GHG) dominierte AstA der Uni Hamburg die ReferentInnen des Autonomen AusländerInnenreferates und hatte ihnen eine Woche Zeit eingeräumt, ihre Räumlichkeiten im AstA zu verlassen.

Die gefeuerten



ReferentInnen machen als Grund für die Kündigung den Versuch aus, im Windschatten der neu entfachten Terroristenhate eine linke Interessenvertretung von StudentInnen auszuschaufeln.

AstA schon länger ein Dorn im Auge sei, mündet zu machen. Mit der Entlassung der AusländerInnenreferentInnen liege der AstA auf einer Linie mit der „neoliberal-rechtsextremen“ Schill-Partei, deren Chef Schill bereits im Hamburger Wahlkampf gefordert habe, die selbstverwaltete Interessenvertretung von StudentInnen auszuschalten.

Die Entlassung sei besonders schwerwiegend, da das AusländerInnenreferat zur Zeit vor besonderen Schwierigkeiten stünde: „Viele ausländische StudentInnen befürchten, als „unauffällige StudentInnen“ in eine Rasterfahndung zu geraten, zunehmender Rassismus in Zusammenhang mit Terrorismusvorwürfen ist inzwischen an der Tagesordnung“. Manche StudentInnen v.a. aus arabischen Ländern hätten sogar ihren Arbeitsplatz verloren. Der AstA der Hamburger Uni hingegen wirft den entlassenen ReferentInnen vor, nicht demokratisch legitimiert zu sein und ihr Kontingent an Fotokopien überzogen zu haben.

Die deutsche Frauenbewegung zwischen Erfolg und Stagnation Kein einzig Volk von Schwestern



bsztermine

Mittwoch, 3. Oktober

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Donnerstag, 4. Oktober

Bochumer Bündnis für soziale Gerechtigkeit

17.30 Uhr, Schulungsraum der IG Metall (Humboldtstr. 46), Bochum

Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr

19.30 Uhr, Kolpinghaus (Maximilian-Kolbe-Str. 14), Bochum

Freitag, 5. Oktober

„Ich kam von einem Ort, den es in Wirklichkeit nicht gab“

Videofilm von Kristina Konrad, Uruguay/Schweiz 1989, in der Reihe „Fortgehen – Dableiben – Zurückkommen“.

19–22 Uhr, Frauenarchiv ausZeiten (Josephinenstr. 71)

Dopo Genova (nach Genua)

Die Ereignisse in Genua im Juli diesen Jahres sind unumstritten als ein Höhe- und Wendepunkt in der/n Bewegung/en gegen den Neoliberalismus zu bezeichnen. ReferentInnen aus dem *Centro Sociale BULK* Mailand berichten über:

- Organisationsstrukturen und -formen der italienischen Linken
 - die Ereignisse in Genua
 - die weitergehenden Repressionsmaßnahmen innerhalb Italiens
 - die innenpolitischen Veränderungen in Italien
 - die Diskussionen innerhalb der italienischen Linken nach Genua
- Veranstalter: Antifa „Die kleinen Strolche“

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino Endstation), Bochum

Samstag, 6. Oktober

The International Noise Conspiracy

Harter, linker 60er Gitarrenrock aus England.

20 Uhr, KKC, Essen

Montag, 8. Oktober

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Mittwoch, 10. Oktober

Anti-Atom-Plenum Bochum/Bergisches Land: Herbstcastor

Informationsveranstaltung mit Aktiven der Bürgerinitiative Lüchow/Dannenberg

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 6), Bochum

Donnerstag, 11. Oktober

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation)

Genua-Soli-Konzert mit den großen und berühmten Stars Babara Morgenstern, Die Sterne, Mouse on Mars u.a.

20 Uhr, Ebertbad, Oberhausen



Es gibt keine Zukunft, die man von der Vergangenheit abtrennen und selbständig machen könnte ... Die Vergangenheit ist in die Gegenwart eingeschlossen, ist untrennbar eins mit ihr. Gegenwart und jene andere Gegenwart, die wir Zukunft nennen, sind nichts anderes als das Ergebnis unserer Vergangenheit. Sie sind das Gericht über alles Geschehene.“

Diese Worte der Schriftstellerin Luise Rinser beschreiben für die Herausgeberin dieses Bandes, Florence Hervé, auch die Situation der Frauenbewegung. Die Erstausgabe der *Geschichte der deutschen Frauenbewegung* erschien 1982, als die akademische Frauenforschung noch in den Anfängen war, mittlerweile hat die Geschlechterforschung in der Wissenschaft Fuß gefasst. In dieser siebten, überarbeiteten Neuauflage versuchen die Autorinnen, auch den Entwicklungen der letzten Jahre gerecht zu werden. Der Blick in die Vergangenheit soll es allen Interessierten erleichtern, die Zukunft der Frauenbewegung zu prognostizieren.

Von der Industriellen Revolution bis heute

Alle Autorinnen sind in der Frauenbewegung selbst und in Institutionen engagiert und beziehen Position. Hervé betrachtet die Anfänge vom Beginn der industriellen Revolution, als zum Teil Änderungen gefordert wurden, die heute noch nicht stattgefunden haben, etwa die Abschaffung des § 218. Zu dieser Zeit tritt auch erstmals die Spaltung zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung auf, die sich über die folgenden Epochen hinaus wiederholt. Besonders deutlich wird das in den gegensätzlichen Reaktionen auf den

Ersten Weltkrieg, wo sich, wie Renate Wurts beschreibt, Friedensbewegung und militaristischer Patriotismus gegenüberstanden.

In der Weimarer Republik ist die proletarische, teilweise an die KPD angegliederte Frauenbewegung von der Novemberrevolution beeinflusst, während die sozialdemokratische Bewegung ihre revolutionären Ideale endgültig hinter sich gelassen hatte und mit dem Wahlrecht für Frauen die Ziele der Frauenbewegung als durchgesetzt betrachtete. Die „Bürgerlichen“ kehrten zurück zu den Idealen „Kinder, Küche, Kirche“. Weder die Weltwirtschaftskrise noch die offensichtlichen werden den Ambitionen der NationalsozialistInnen einen die Bewegung.

Anpassung und Widerstand

Zwischen Anpassung und Widerstand finden sich die Frauen im Nationalsozialismus. Viele Frauen sind aus politischen oder humanitären Gründen aktiv. Allerdings werden große Teile der weiblichen deutschen Bevölkerung von Nazi-Ideologie, Mutterkult und einem autoritären System dauerhaft geprägt. Die nach dem Krieg gegründeten neuen Fraueninstitutionen sind daher zwar weitgehend pazifistisch, aber zumindest auf der bürgerlichen Seite weiterhin konservativ. Der Artikel 3 des Grundgesetzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ ist, bei einer Konzentration der Parteien auf die Probleme der Frau als Hausfrau und Mutter, weitgehend der kommunistischen Fraktion zu verdanken.

Weitere Kapitel befassen sich mit der Bewegung der 50er und 60er, eng mit der Friedensbewegung verbunden und mit der „neuen“ Frauenbewegung. Bei dieser wird erstmals ernsthaft versucht, die Unterschiede zwischen

den Frauen der Mittelschicht und des Proletariats – und damit ihre verschiedenen Präferenzen – zu vereinen, oder zumindest nicht gegeneinander laufen zu lassen. Das Private wird „offiziell“ politisch, und die Frauen üben aktiv Patriarchatskritik. Im Westen folgen aus diesen Bewegungen alternative Wohn- und Beratungsinitiativen, die akademische Frauenforschung und vermehrt politischer Aktionismus, aber auch die Kommerzialisierung von „Frauenangelegenheiten“, die zum Teil zur Gleichstellung, aber nicht zu Emanzipation führen.

Die beiden letzten Kapitel beschäftigen sich mit der Rolle der Frau in Gewerkschaften und in der ehemaligen DDR. Sowohl im gewerkschaftlichen Leben als auch im Realsozialismus scheint es an Gleichstellungsmaßnahmen nicht gemangelt zu haben, allerdings verhielt sich beiderorts patriarchale Strukturen eine wirkliche Emanzipation.

Das Buch bietet einen interessanten historischen Überblick über die Frauenbewegung. Indem die verschiedenen Teile der Bewegung einzeln behandelt werden und gleichzeitig Anknüpfungspunkte genannt werden, ergibt sich ein Gesamtbild, dass das Heute tatsächlich als „Gericht über alles Geschehene“ dastehen lässt.

tas

Geschichte der Deutschen Frauenbewegung / Florence Hervé (Hg.) – 7., verb. und aktualisierte Aufl. – Köln : PapyRossa Verl., 2001. – (Neue kleine Bibliothek ; 48), 282 Seiten.



... fortgesetzt von Seite 1

Natostrategie

militärische Infrastruktur für die USA zugesichert, diese aber zunehmend zurückgezogen. Dabei dürfen die engen Verquickungen dieser beiden Staaten mit Bin Laden und dem Taliban Regime nicht außer Acht gelassen werden. Pakistan und insbesondere sein Geheimdienst ISI pflegen enge Beziehungen zu dem Taliban Regime. So organisiert der ISI laut ZEIT sogar Bin Ladens persönliche Leibgarde (Zeit, 27.9.01: 15). General Pervez Musharraf, der am 12. Oktober 1999 mit Teilen des pakistanischen Militärs den gewählten Premierminister des Landes, Nawaz Sharif gestürzt hat, ist sicher kein verlässlicher Partner. Sein Rückhalt in der Bevölkerung scheint gefährdet, da zunehmend öffentliche Proteste gegen ihn von Islamisten deutlich werden. Da Paki-

stan und sein Nachbar Indien bekanntlich über Atomwaffen verfügen, ist diese Situation für die Region, aber auch darüber hinaus, besonders bedrohlich.

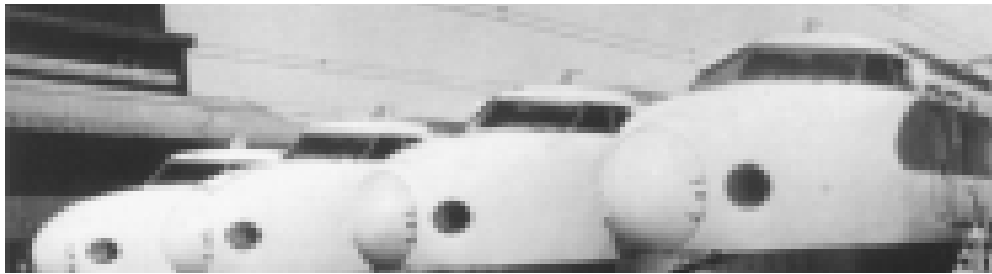
Flüchtlingseind in Afghanistan und Pakistan

Als neue strategische Variante für zukünftige NATO-Überlegungen hat sich die bloße Androhung eines Krieges erwiesen. Dies allein reicht um ein Land wie Afghanistan vollständig zu destabilisieren. Nach UN Angaben leiden derzeit über sieben Millionen AfghanInnen existenzielle Not, im Februar wurde die Anzahl von der UN noch auf „nur“ eine Million für den Winter prognostiziert (Guardian 1.10.01). Fünf Millionen Flüchtlinge leben schon in den Nachbarländern Afghanistans. Unzählige Menschen sind weiterhin auf



der Flucht, alle Nachbarländer Afghanistans haben ihre Grenzen geschlossen, nur die wohlhabenden Flüchtlinge können sich die Bestechungsgelder leisten, um die Grenze zu passieren. Schon jetzt sind wahrscheinlich erheblich mehr Menschen in Afghanistan aufgrund dieser Flüchtlingskatastrophe durch die bloße Ankündigung der USA, einen Rachekrieg – in den Medien heißt es euphemistisch „Vergeltungsschläge“ – gegen Afghanistan zu führen, gestorben, als bei den jüngsten Terroranschlägen in den USA. Der aus den Grünen ausgetretene ehemalige Bundestagsabgeordnete und Bochumer Lehrer Eckhard Stratmann-Mertens hat sich an seiner Schule im LehrerInnen-Kollegium mit dem Vorschlag durchgesetzt, dass nach einem Angriff der USA auf Afghanistan Gedenkmünuten für die Opfer dieses Terrors eingelegt werden. LehrerInnen an anderen Schulen, die kritische Gedanken äußerten, bekamen erheblichen Druck. Einem Mitarbeiter des Elektroherstellers Kostal in Lüdenscheld wurde fristlos gekündigt, weil er an einer Schweigeminute für die Opfer in den USA nicht teilnehmen wollte, da er „um alle Menschen in der Welt gleich trauern will“ (nrv taz ruhr 27. September 2001, S. 1). Es bleibt die Frage: Wie viel Unterrichts- und Arbeitszeit bliebe, wenn täglich eine Minute für jeweils 6.000 Menschen inne gehalten würde, die jeden Tag durch Terror, Krieg und Hunger sterben?

Verena Schmidt



:bszkonsumterror Kriegsspielzeug

Metrorapid weiter in der Schwebe

Neues vom Milliardengrab

Durch die Bekanntgabe der sogenannten Vorzugstrasse sowie eines Finanzgutachtens der Deutschen Bank hat sich der Nebel um den Magnetschwebezug Metrorapid im September etwas gelichtet. Aber auch die jetzt bekannt gewordenen Informationen lassen den verkehrlichen Nutzen weiter zweifelhaft erscheinen, während gleichzeitig die Finanzgutachter selbst durch Schönrechnen das drohende Milliardengrab nicht kaschieren können.

Am 7. September 2001 hatte zunächst Minister Schwanhold in Düsseldorf der Presse die „Vorzugstrasse“ vorgestellt. Dabei handelt es sich um die nach Gutachtermeinung günstigste Variante, die aber noch keinesfalls endgültig ist.

Schwanhold laut ddp: „Ich gehe davon aus, dass wir sehr dicht an dieser Strecke liegen werden.“ Diese Trassenführung sieht einen zusätzlichen Halt in Mülheim vor, während die Verlängerung zum Dortmunder Flughafen wohl aus Wirtschaftlichkeitsgründen keine Chance mehr hat.

Wie sieht die Trasse nun für Bochum aus?

Von Essen kommend, folgt sie in Richtung Bochum zunächst der Güterverkehrsstrecke der „Rheinischen Bahn“. In Höhe Centrumstraße verlässt sie die Güterzugstrecke und quert das geplante Westkreuz, welches nach den Plänen der Landesregierung die A40 mit dem Donezk-Ring verbinden soll. Von dort verläuft sie etwa 1,3 km in freier Trassierung und auf ca. 1,2 km Länge in Bündelung auf der Westseite mit dem Donezk-Ring. In Höhe der DB-Hauptstrecke schwenkt sie auf diese ein, bis zum Haltepunkt Bochum Hbf. ist ein Anbau nach Süden geplant. In der umweltfachlichen Bewertung dieser Teilvariante heißt es dazu: „Betroffen sind hier Flächen des ‚Regionalen Grünzuges D‘ bei Bo-Hamme. Darüber hinaus erfolgt eine negative Beeinflussung von Grünflächen (Dauerkleingärten) entlang der Stadtautobahn und der Hauptstrecke in Bochum.“

Im Hauptbahnhof soll der Metrorapid die jetzigen S-Bahn-Gleise benutzen, alle anderen Trassen würden dementsprechend nach Norden verschoben. Dazu müsste Gleis 1 durchgebunden werden, die Nokia-Bahn bekäme ein separates Haltegleis 1a. Im Vergleich zu heute fehlte dann also ein Gleis.

Von Bochum nach Dortmund folgt die Trasse im Wesentlichen den bestehenden Zuggleisen. In Langendreer soll ein Überwerfungsbauwerk den Metrorapid, der bis dahin in südlicher Bündelung mit der Fernbahntrasse verläuft, auf die Nordseite bringen. Damit dort ein Gleis freigelegt werden kann, sind nach diesen Plänen zwischen Opelwerk und Lütgendortmund umfangreiche Gleisverlegungen nötig.

Die Vorstellung eines mehr als 30 Meter hohen Überbrückungsbauwerkes am Westkreuz hat so manche Bochumer LokalpolitikerInnen nachdenklich werden lassen. Optisch nicht so spektakulär, doch nicht minder bedenklich sind die verkehrlichen Auswirkungen: Ob mit dem Wegfall eines Gleises im Bochumer Hauptbahnhof das bisherige Zug-Angebot wirklich erhalten bleiben kann, erscheint, trotz aller Beteuerungen von offizieller Seite, fraglich.

Denn fast jeden Tag kann man zu diesem Thema etwas anderes in der Presse lesen. So hat NRW-Verkehrsminister Schwanhold erst kürzlich laut darüber nachgedacht, dass ein Teil der IC/ICE-Züge in Zukunft am mittleren Ruhrgebiet vorbei fahren soll. Tags darauf prompt das Dementi der Deutsche Bahn, die solche Pläne (bisher) vehement ablehnt.

Finanzierungslücke und Zuschlagspflicht

Am 25. September 2001 stellte Minister Schwanhold dann das lang erwartete Finanzgutachten der Deutschen Bank der Öffentlichkeit vor. Ursprünglich bereits für den 12. April geplant, war die Präsentation wegen ‚neuer Fragestellungen‘ zunächst auf den 21. August verschoben worden. Doch auch dieser Termin platzte, angeblich weil man mögliche EU-Fördermittel aus dem Programm „Transseuropäische Netze“ in Höhe von 550 Mio. DM noch nicht berücksichtigt hatte. Erstaunlich: In dem nun vorgestellten Kurzgutachten ist davon gar nicht mehr die Rede.

Aber selbst nach mittlerweile monatelanger ‚Begutachtung‘ ist es den Experten der Deutschen Bank kaum gelungen, die drohende Finanzierungslücke zu kaschieren.

Dabei greift man bereits tief in die Trickkiste. Denn: Die Finanzstudie errechnet nicht etwa die tatsächlichen Kosten für den Metrorapid, sondern übernimmt den vom Ministerium gesetzten

Wert von 7,2 Mrd. DM. Es ist ausdrücklich nicht Gegenstand der Untersuchung, „die Annahmen der bisherigen Vorstudien und des MWMEV (NRW-Verkehrsministerium, d. Red.) auf ihre inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen bzw. diese Annahmen aus heutiger Sicht zu überarbeiten und zu aktualisieren.“

Ausgehend von dieser Vorgabe hat man dann nach Einsparmöglichkeiten gesucht.

So sollen z.B. die einzelnen Metrorapid-Züge kürzer werden: Statt bisher 728 soll es nur noch knapp über 600 Plätze geben, die durchschnittliche Auslastung in der Spitzenstunde stiege damit von 78% auf knapp 94%. Gerade auf den am stärksten belasteten Abschnitten dürften damit viele Fahrgäste im Berufsverkehr bestenfalls einen Stehplatz ergattern. Dafür soll dann allerdings auch noch ein Zuschlag fällig werden. Denn im Gegensatz zu allen bisherigen Versicherungen, der Magnetschwebezug solle zum VRR-Tarif benutzbar sein, geht das jetzt vorgelegte Finanzkonzept von einer zuschlagspflichtigen Nutzung des Metrorapid aus.

Auch ein Novum: Entgegen bisheriger Aussagen sollen nun sogar ca. 1 Mrd. DM Regionalisierungsmittel eingesetzt werden, das heißt Geld, welches an sich für den Ausbau des Schienenverkehrs vorgesehen ist. Eigentlich ein klarer Bruch des rot-grünen Koalitionsvertrages, doch erste Reaktionen aus Düsseldorf lassen in dieser Frage ein Einknicken der grünen Landtagsfraktion befürchten.

Trotz Landesmitteln, trotz Zuschlag: Sogar in der optimistischen Rechnung der Deutschen Bank bleibt eine Finanzierungslücke von über einer Milliarde DM übrig. Eine reine Privatfinanzierung dieser Summe schließen selbst die Finanzexperten „wegen der eingeschränkten Wirtschaftlichkeit des Projektes“ aus und schlagen stattdessen eine Public-Private-Partnership vor. Kleiner Schönheitsfehler dieser Variante: Das Projekt wird dabei so aufgeteilt, dass das Risiko hauptsächlich bei der öffentlichen Hand liegt.

Fazit: Die jetzt bekannt gewordenen Informationen geben keinen Anlass, von den bisherigen Befürchtungen abzurücken. Im Gegenteil: sowohl finanziell wie auch infrastrukturell zeichnet sich immer deutlicher ab, dass der Metrorapid nur mit gravierenden Beeinträchtigungen des bestehenden Bahnsystems zu verwirklichen sein wird.

Aktuelle Informationen unter <http://www.vcd-bochum.de/Metrorapid>.

Vor etwa zehn Jahren gab es diverse Antikriegsspielzeug-Lieder in den deutschen Hitparaden, unter anderem das eher entsetzliche „Frieden für die Teddybären“ und natürlich Grönemeyers „Kinder an die Macht“ – streng genommen natürlich nicht auf Spielzeug bezogen, aber wer wird schon so kleinlich sein, wenn es um die Unschuld unserer Kinder geht... Eltern gaben den lieben Kleinen nur sehr ungern Plastikkalaschnikows und zürnten ihnen sogar die Ersatzholzäste, Krieg wurde als böse dargestellt und Harmonie gepriesen.

Nun aber brauchen die lieben Teddys sich nicht mehr zu fürchten, denn sie müssen sich nicht mehr selber wehren. Der Spielzeugautoproduzent SIKU, den meisten bekannt und verhasst bzw. beliebt wegen ihrer großen Auswahl an landwirtschaftlicher Maschinerie für's Kinderzimmer,



hat seit einiger Zeit diverse K-For Fahrzeuge ins Sortiment aufgenommen. „Für Kinderhände

gemacht – robust & anspruchsvoll“ sind die Autos, mit „unverwechselfbarem Qualitätsanspruch“ für „den langen Spaß am Spiel“.

SIKU „ist für Kinder-

hände wie geschaffen“, lässt die Internetseite verlauten, was wohl darauf schließen lässt, dass Kriegsspielzeug nicht mehr schlimm, sondern salonfähig ist. Keine Armeen aus Gummibärchen und Panzer aus Marzipan mehr also, und die verängstigten, mit Barbiepuppen spielenden Mädchen können sich an die Kosovo-Force-Jungs kuscheln. Letzteres würde vielleicht die Kinderprostitution im Kriegsgebiet einschränken, da die Jungs ihre sexuellen Perversionen jetzt schon im Kinderzimmer ausleben können.

SIKU „ist das Spiegelbild der Wirklichkeit“ wird gesagt, vielleicht erklärt das ja die NATO-Invasion in deutschen Kinderzimmern. Erstens beschreibt die Kinderdefinition „kennen keine Rechte, keine Pflichten, ungebeugte Kraft, massenhaft, ungestümer Stolz“ die NATO auch ganz gut. Zweitens ist Krieg, wie in „Krieg gegen die zivilisierte Welt“, natürlich immer noch böse, aber im Kosovo gab und gibt es immer nur Konflikte. In Zeiten, in denen Kriegsaktionen noch kritisiert werden, wird die Konfliktbewältigung durch Militärfahrzeuge idealisiert, denn humanitär ist nur, was auch tötet (wie sonst sollten auch die Bösen aus der Welt geschafft werden?). Wenn das keine ideale Strategie für Kindererziehung ist, was dann?



:bszimpressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>